

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Investitionen in Berufliche Bildung steigern**Einzelplan 07 **Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 07 10 Allgemeine Bewilligungen Berufliche Bildung
Buchungskreis: 2695

Förderproduktnummer 47
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Überbetriebliche Berufsbildungsstätten

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	4.960,3	+2.500,0	7.460,3
Eigene Erlöse	0,0	0,0	0,0
Produktabgeltung	4.960,3	+2.500,0	7.460,3

<u>Verpflichtungsermächtigungen:</u>	Beträge in EUR		
	von	um	auf
Verpflichtungsermächtigungen zu Titel			
Verpflichtungsermächtigungen 2022	1.250.000	+ 750.000	2.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2023	750.000	+ 250.000	1.000.000
Verpflichtungsermächtigungen 2024	0	0	0
Verpflichtungsermächtigungen 2025	0	0	0
Gesamtverpflichtung	2.000.000	+ 1.000.000	3.000.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Produktivität und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen hängen neben der Grundausbildung von der regelmäßigen, bedarfsgerechten Fortbildung der Beschäftigten ab. Aus diesem Grund müssen zusätzliche Mittel für die überbetrieblichen, nichtstaatlichen berufsqualifizierenden Einrichtungen eingeplant werden. Der IHK Fachkräftereport 2019 für Hessen führt deutlich aus, dass der zukünftige Fachkräftemangel ein zentrales Hemmnis für Unternehmen sein wird und als eine der Top 3 Herausforderungen gesehen wird.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion
der AfD
Der Fraktionsvorsitzende:

Robert Lambrou